

## ASIEN AKTUELL

### Hat Europa eine Asienpolitik? Braucht es eine?

Hanns W. Maull<sup>1</sup>

Hat Europa eine Asienpolitik? Braucht es eine? Auf den ersten Blick sind das zwei ziemlich ignorante Fragen. Natürlich gibt es eine europäische Asienstrategie, und zwar schon seit über zehn Jahren: Die erste "Asienstrategie" legte die Europäische Kommission dem Ministerrat bereits 1994 vor<sup>2</sup> – übrigens nicht zuletzt aufgrund des Engagements der damaligen Bundesregierung, die bereits 1993 ein entsprechendes Strategiepapier formuliert hatte.<sup>3</sup> Der Ministerrat nickte diese Asienstrategie damals ab: Die Europäische Union hat seither eine "Asienpolitik", die mehrfach aktualisiert und in subregionalen bzw. länderspezifischen Einzelstrategien ausdifferenziert wurde. Diese Asienpolitik umfasst und bindet im Prinzip nicht nur die Kommission, sondern auch die Mitgliedsstaaten der EU. Und das hat auch durchaus Substanz, etwa im Rahmen des ASEM-Prozesses, der Beteiligung der EU am ASEAN Regional Forum oder an der inzwischen stillgelegten Korean Peninsula Energy Development Organisation KEDO. Außerdem war und ist die EU mehrfach an friedenssichernden und friedenserhaltenden Aktivitäten der Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen beteiligt gewesen – etwa in Kambodscha 1992, in Osttimor 1999 oder derzeit in der indonesischen Provinz Aceh. Und die europäische Asienpolitik bezieht inzwischen alle Dimensionen der EU-Außenbeziehungen ein: die erste Säule der vergemeinschafteten Politiken, die zweite Säule mit der GASP und der ESVP, aber auch die dritte Säule der Innen- und Rechtspolitik, etwa bei der Terrorismus-Bekämpfung. Und die Strategiepapiere der EU zu Asien enthalten durchaus auch Zielvorgaben. Die Europäische Union soll danach – ich zitiere:

---

<sup>1</sup> Vortrag im Rahmen des Festaktes zum 50. Jahrestag der Gründung des Instituts für Asienkunde (IFA), Berlin, 5. April 2006; im Zusammenhang mit einer Veranstaltung des IFA zum Thema "50 Jahre Institut für Asienkunde, 50 Jahre politiknahe Asienforschung in Hamburg".

<sup>2</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Auf dem Weg zu einer neuen Asienstrategie*, Mitteilung der Kommission an den Rat, KOM (94), 314/endlg./2, Brüssel 1994; vgl. auch Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Europa und Asien: Ein strategischer Rahmen für vertiefte Partnerschaften*, Kom 469 endlg., Brüssel 2001.

<sup>3</sup> Vgl. Press and Information Office of the Federal Government, *The Federal Government's Concept on Asia, Documentation*, Bonn 1994.

- (1) Zu Frieden und Sicherheit in der Region und weltweit dadurch beitragen, dass sie unsere Zusammenarbeit mit der Region ausweitet,
- (2) unsere Handels- und Investitionsbeziehungen mit der Region weiter stärken,
- (3) die Entwicklung der weniger wohlhabenden Länder der Region fördern, indem wir die Ursachen der Armut angehen,
- (4) zum Schutz der Menschenrechte sowie zur Verbreitung von Demokratie, guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit beitragen,
- (5) globale Partnerschaften und Bündnisse mit asiatischen Ländern in den dafür geeigneten internationalen Foren eingehen, um uns dabei zu helfen, die Risiken und Chancen der Globalisierung zu bewältigen und unsere gemeinsamen Anstrengungen im Umgang mit globale Umwelt- und Sicherheitsproblemen zu verstärken, und
- (6) dabei helfen, das Bewusstsein für Europa in Asien und umgekehrt zu stärken.<sup>4</sup>

Also: Wir haben demnach formal eine europäische Asienstrategie und Asienpolitik. Dennoch tue ich der EU wohl kein Unrecht, wenn ich zögere, ihr eine wirkliche Asienpolitik zuzugestehen. Wir wissen ja alle: Europa ist von einer wirklich gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik noch ein gutes Stück Weges entfernt. Denn "gemeinsam" wäre diese Politik nur, wenn sie das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Unionsorgane und aller Mitgliedsstaaten effektiv koordinieren und bei der Formulierung wie auch vor allem bei der politischen Umsetzung gemeinsamer Strategien zusammenführen könnte.

Wir haben also eine europäische Asienpolitik, und wir haben doch auch (noch?) keine. Aber braucht denn die Europäische Union überhaupt eine Asienpolitik? Noch so eine ignorante Frage – oder vielleicht auch nur eine rhetorische Floskel!? Natürlich, so war vermutlich Ihre erste Reaktion, natürlich braucht Europa eine Asienpolitik, denn schließlich spielt in Asien die Musik, rufen die Auguren – übrigens nicht zum ersten Mal! – die Morgendämmerung eines asiatisch-pazifischen Zeitalters aus. Ein meiner Meinung nach sehr repräsentatives Zitat hierzu von einem der besagten Auguren, dem Amerikaner Brad Glossermann:

Die Welt befindet sich im Umbruch. Die globalen Machtstrukturen verschieben sich, und Asien steigt endlich auf zu einer Säule des internationalen Systems.<sup>5</sup>

Der Autor dieser Zeilen identifiziert danach – wiederum durchaus repräsentativ – folgende Elemente dieser Machtverschiebungen:

- Erstens: Die Rückkehr Chinas als Weltmacht im Gefolge einer phänomenalen, historisch einzigartigen Wachstumsdynamik, die seit über 25 Jahren ohne größere Atempausen anhält. Die Folge: China beherrscht unsere Wahrnehmung Asiens, zunehmend allerdings zusammen mit Indien.

<sup>4</sup> Commission of the European Communities, External Relations Directorate General: *Strategy Paper and Indicative Programme for Multi-Country Programmes in Asia, 2005-6*, Brüssel 2005, p.5.

<sup>5</sup> Brad Glossermann: "Missing Out in Asia", in: *PacNet Newsletter* 3/2006, 19.1.06, einsehbar unter <http://www.csis.org/media/isis/pubs/pac0603.pdf> [19.04.06].



- Das zweite Element ist demnach der Aufstieg Indiens als wirtschaftliche und militärische Großmacht mit wachsendem überregionalen und globalen Gewicht.
- Drittens geht es um die dynamischen Veränderungen auf der koreanischen Halbinsel. Südkorea, noch 1960 eins der ärmsten Länder der Welt, ist längst Mitglied in der OECD, dem Klub demokratischer Industrienationen. Prognosen gehen davon aus, dass Südkoreas statistisches Pro-Kopf-Einkommen in wenigen Jahren dasjenige Frankreichs oder Deutschlands übertreffen könnte. Im Süden der Halbinsel vollziehen sich bemerkenswerte politische Umbrüche im Gefolge eines politischen Generationenwechsels, im Norden beschleunigen sich die Zerfallsprozesse eines, wie ich es nenne, Zombiestaates – die Wiedervereinigung Koreas hat bereits begonnen.<sup>6</sup> Wie der Weg zur Vereinigung in Zukunft aussehen und wie lange er dauern wird, ist allerdings noch sehr offen, und der verzweifelte Überlebenskampf eines zum Untergang verdamnten Regimes im Norden, das auf jede denkbare Weise versucht, sich an der Macht festzukrallen, und dabei ohne Gewissensbisse über Leichen zu gehen bereit ist, beinhaltet ohne Zweifel große Gefahren für die regionale und selbst für die globale Stabilität.
- Das vierte Element der asiatischen Dynamik bildet Japan. Das Land hat die verlorene Dekade der 1990er hinter sich gelassen, in der Wirtschaft, die noch immer allein rund 60 Prozent von Asiens Wirtschaftskraft ausmacht, sprießen neue Wachstumstriebe, und auch die verkrustete japanische Politik beginnt aufzubrechen – allerdings wohl viel langsamer und behutsamer, als dies nach außen hin erscheinen mag.
- Fünftens schließlich erwähnt Glossermann Südostasien. Dort ringen fast alle Staaten mit Demokratisierungsprozessen und ihren Rückschlägen im Rahmen der von Samuel Huntington identifizierten "dritten Welle" der Demokratisierung bzw. der dritten Gegenströmung (*reverse wave*). Hinzu kommen gewaltbereite islamistische Organisationen und die anhaltenden Modernisierungswehen, die – freilich in je unterschiedlichen, individuellen Erscheinungsformen – die Staaten der Region vor schwere Herausforderungen stellen.

Hier endet dann aber auch schon das "Asien" unseres Auguren – und wohl auch unser eigenes Bild von dem Kontinent, den wir hierzulande ja vor allem als Herausforderung, als Bedrohung unserer Wohlstands- und Sozialstaatserrungenschaften wahrnehmen. Aber dieses Bild von Asien ist natürlich ganz unvollständig. Es fehlen

- ein großer Teil Südasiens, mit dem Problemfällen Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka,
- Australasien,
- ganz Südwestasien, von Afghanistan bis zur türkischen Mittelmeerküste,

<sup>6</sup> Hanns W. Maull: "Zombiestaat Nordkorea", in: *Internationale Politik* (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik), Berlin 8 (2002), S. 10-16.

- Zentralasien sowie
- Russland und die Kaukasusregion, die als Teile Asiens in aller Regel vergessen oder bewusst ausgelassen werden.

Übrigens findet sich im Anhang des jüngsten Strategiepapiers der EU-Kommission eine recht aufschlussreiche Asienkarte, in der – durchaus konsequent im Sinne der ja erforderlichen bürokratischen Definition – die Grenze Asiens etwa mitten durch den südasiatischen Subkontinent oder durch die Insel Guinea verläuft; auch Zentralasien und Südwestasien sind sauberlich ausgespart. Dies illustriert sehr schön das, worum es mir in den nächsten Minuten gehen wird: Europa braucht keine Asienpolitik, weil "Asien" eine von uns geschaffene Fiktion, eine soziale Konstruktion ist. Wir basteln uns für unsere Zwecke unser "Asien", übrigens seit je: Das Wort "Asien" ist eine europäische Wortschöpfung und die eigenmächtige, geographisch unsinnige Teilung des eurasischen Kontinents in zwei Kontinente ist eine europäische Anmaßung. Und schon gar nicht existierte Asien bislang als historische oder kulturelle Einheit. Wissen beginnt bekanntlich mit dem *Großen Brockhaus*, und da heißt es in meiner Ausgabe von 1996 unter dem Stichwort 'Asien – Geschichte':

Anders als in Europa (→ Abendland) gibt es keine dem Erdteil A. gemeinsame Geschichte, sondern eine Geschichte auf asiatischem Boden oder historische Entwicklungen, die Teile Asiens betreffen. Die Geschichte Asiens ist vorzugsweise eine Geschichte verschiedener Kulturen und Staatswesen.<sup>7</sup>

Eben. "Asien" ist also ein europäisches, genauer: ein eurozentrisches und nur allzu leicht paternalistisch aufgeladenes Konzept, "unser" Asien! Aus dieser Perspektive möchte ich Sie jetzt gerne noch einmal einladen, die ersten vier der vorhin zitierten Zielsetzungen der europäischen Strategie einmal kritisch zu reflektieren. Europa soll danach<sup>8</sup>

- "(1) Zu Frieden und Sicherheit in der Region und weltweit dadurch beitragen, dass sie unsere Zusammenarbeit mit der Region ausweitet": Hier fällt auf, dass Europa ganz selbstverständlich als sichere Region, als Exporteur von Sicherheit auftritt und auftrumpft, während "die Region" Asien (wir haben ja schon gesehen, dass es keine "Region" Asien gibt!) auf Sicherheitsimport angewiesen ist. Das mag ja durchaus Berechtigung haben – aber immerhin sei daran erinnert, dass Ostasien seit Ende der 1970er-Jahre bis Ende der 1990er-Jahre keine gewaltsamen Konflikte erlebte, während Europa und die Staatengemeinschaft mit den Zerfallskriegen im ehemaligen Jugoslawien rangen.
- "(2) unsere Handels- und Investitionsbeziehungen mit der Region weiter stärken", (dies wäre glaubwürdiger, wenn die EU sich mit ihren Anti-Dumpingverfahren diesen Zielen nicht immer wieder selbst verweigern würde, H.W.M.).

<sup>7</sup> *Brockhaus Enzyklopädie in Zwanzig Bänden*, 17. Auflage, Wiesbaden 1996, Band 1, S. 782.

<sup>8</sup> Vgl. Fußnote 4.



- "(3) die Entwicklung der weniger wohlhabenden Länder der Region fördern, indem wir die Ursachen der Armut angehen", (Armut gibt es also offenbar nur in Asien, nicht in Europa, H.W.M.).
- "(4) zum Schutz der Menschenrechte sowie zur Verbreitung von Demokratie, guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit beitragen." Hier geht es also um den Export unserer Wertvorstellungen nach Asien. Wiederum: Ich teile durchaus diese Zielsetzung, aber dennoch bleibt bei diesem Satz ein paternalistischer Geschmack zurück.

Aber – so könnte ein Einwand gegen meine Position lauten, dass wir uns Asien als Region konstruieren, wo es keine Region, also keine spezifischen Formen der Interaktion und des Zusammenhaltes gibt – wächst nicht in Asien inzwischen vielleicht doch zusammen, was gar nicht zusammengehört? Es gibt ja seit etwa 1990 eine Reihe von bemerkenswerten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Regionalisierungsprozessen mit einer inzwischen kaum noch überschaubaren *alphabet soup*, wie das die Amerikaner nennen: Von der APEC bis zur SCO. Stehen wir nicht doch vor der Verwirklichung eines "asiatisches Asien", vor einer "Asiatisierung Asiens"? Wir haben vor einigen Jahren an der Universität Trier in mehreren Projekten versucht, diese Regionalisierungsprozesse zu untersuchen und zu bewerten. Das Ergebnis war eindeutig: Es gibt Regionalisierungsprozesse vielfältiger Art in Asien, aber es gibt keine asiatischen Regionalisierungsprozesse: Asien bleibt bis auf Weiteres eine geographische, keine politische oder wirtschaftliche Kategorie.<sup>9</sup> Und zweitens weisen alle Regionalisierungsprozesse in Asien einen – aus meiner Sicht ganz entscheidenden – Unterschied zum Regionalismus in Europa auf: Dort beruhen Regionalisierungsbestrebungen auf einem modernen, oft noch vordemokratischen Souveränitätsbegriff, der jede Form der Übertragung von Souveränität als Einschränkung nationaler Autonomie ablehnt – im Gegensatz zum postmodernen Souveränitätsbegriff Europas, der Souveränität als teilbar und damit auch als verhandelbar versteht und in der Integration nicht nur Autonomieverlust, sondern auch den Gewinn an Gestaltungsfähigkeit zu sehen vermag.

Regionalismus in Asien ist somit ein zwar reales, aber bislang ein räumlich wie funktional disparates und begrenztes Phänomen mit vielfältigen Funktionen: Er dient China als Instrument einer (sanft) hegemonialen Politik, er bietet Arrangements zur Erlangung (gemeinsamer?) wirtschaftlicher Vorteile und zugleich Alternativen zu unbeliebten internationalen Ordnungsstrukturen (wie der WTO oder des IWF) oder auch nur unverbindliche, bestenfalls vertrauensbildende *talk shops*, bei denen heikle Themen der Sicherheitspolitik – etwa die Taiwanfrage – in der Regel

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Hanns W. Maull/Dirk Nabers (Hrsg.): *Multilateralismus in Ostasien-Pazifik, Probleme und Perspektiven im neuen Jahrhundert*, Hamburg: IFA 2000 sowie Markus Hund: *ASEAN and ASEAN Plus Three: Manifestations of Collective Identities in East and Southeast Asia?*, Diss., Universität Trier 2003, einschbar unter <http://ub-dok.uni-trier.de/diss/diss38/20030218/20030218.htm> [19.4.06] sowie andre Publikationen aus dem Projektzusammenhang unter <http://www.politik.uni-trier.de/forschung/collide.php> [19.4.06].

ausgeklammert bleiben. Generell ist der Regionalismus in Asien also bislang Instrument nationaler Außenpolitiken geblieben, er beinhaltet keine eigenständigen kollektiven Handlungsmöglichkeiten. Sein Beitrag zur internationalen Ordnung ist daher aus meiner Sicht eher gering einzuschätzen; letztlich bleibt Asien damit abhängig von anderen, leistungsfähigeren und (hoffentlich) besser funktionierenden Regelwerken der internationalen Ordnung.

Meine provozierende Eingangsfrage "Braucht Europa eigentlich eine Asienpolitik?" zielte also, wie Sie jetzt sehen, vor allem darauf ab, Sie einzuladen, unsere eurozentrische Perspektive in Frage zu stellen. Ich wollte Ihnen und mir selbst verdeutlichen, wie sehr unser Blick auf Asien durch unsere europäische Brille geprägt wird. Und ich möchte Sie in diesem Zusammenhang nun gerne auch zu einem weiteren Perspektivwechsel animieren: Wir sehen dieses von uns konstruierte "Asien" vor allem als Asien der Nationalstaaten. Die von uns zitierten "unsere Wachstumsdaten, die Handelsbilanzen und Investitionsstatistiken, unsere Beziehungen zu Asien" beruhen zumeist auf dieser staatszentrischen – oder auf einer ökonomistischen – Perspektive. Beide haben ihre Berechtigung – aber auch ihre Grenzen, und sie verstellen uns möglicherweise, wie schon am Beispiel des Begriffs "Asien" gezeigt, den Blick auf die ganze Wirklichkeit. Betrachten wir also die Region Ostasien – oder genauer: einen Ausschnitt dieser Region einmal zur Abwechslung aus einer anderen, aus der gesellschaftlichen Perspektive. Die wichtigsten Akteure sind dann nicht mehr Staaten oder Regierungen, sondern gesellschaftliche Gruppen und Organisationen, Unternehmen und Märkte, und vor allem: Menschen aus Fleisch und Blut, Individuen mit ihren Hoffnungen und Sorgen. Auch aus dieser Perspektive können wir auf die Politik blicken: Grundlage politischer Macht ist ja stets das Zusammenwirken der Anstrengungen vieler Einzelner; und diese Koordination kann neben staatlicher Autorität, die letztlich auf dem Gewaltmonopol des Staates beruht, auch durch freiwilliges Zusammenwirken von vielen Einzelnen oder durch spontane Verhaltenskoordination durch Marktmechanismen geschehen. Dabei nimmt unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung die Macht des Staates, gesellschaftliche Verhaltensmuster zu koordinieren, tendenziell ab, während die Möglichkeiten, also die Macht der Märkte und des freiwilligen Zusammenschlusses wachsen. Repräsentanten des Staates sind aus dieser Sicht eher Getriebene als Antreiber. Um dies zu illustrieren, erinnere ich Sie an die deutsche Vereinigung oder auch an die Neuorientierung der sowjetischen Politik unter Michail Gorbatschow: Die Politik reagierte damals auf dramatische gesellschaftliche Veränderungen, die sie vielleicht kanalisieren, sicherlich aber nicht aufhalten konnte.

Diese Perspektive drängte sich mir auf bei meinem jüngsten Besuch in Südkorea. Ich war zum ersten Mal 1979 in diesem Land – damals war es noch eine Militärdiktatur, aber bereits ein außerordentlich erfolgreiches Entwicklungs- bzw. Schwellenland. Heute ist Südkorea ein ausnehmend erfolgreicher Industriestaat und eine junge,



aber doch wohl schon konsolidierte Demokratie.<sup>10</sup> 1979 war Südkorea noch der Inbegriff einer konfuzianischen Gesellschaft. Mein Besuch im vorigen Jahr machte mir deutlich, mit welcher Rasanz sich diese traditionellen Strukturen inzwischen unter der Wucht des gesellschaftlichen Wandels verändern und auflösen. Damals lag die durchschnittliche Geburtenrate bei 2,73, heute (2002) ist sie mit 1,17 noch niedriger als in Deutschland. Scheidungen waren damals in Südkorea noch verpönt, die Scheidungsrate betrug 5,9%; inzwischen liegt sie bei 47,4%. Höher ist sie nur noch in den USA (51%) und Schweden (48%). Frauen heiraten immer später, Zusammenleben vor der Ehe wird immer häufiger. Deutlich mehr Frauen als Männer (38 versus 16%) halten die Ehe überhaupt für verzichtbar. Koreanerinnen zögern zu heiraten, sie gebären weltweit die wenigsten Kinder und sie lassen sich zunehmend häufig scheiden – übrigens oft auch nach langer Ehe –, um ihre beruflichen Ambitionen, um sich selbst zu verwirklichen.<sup>11</sup>

Die Folge ist eine demographische Revolution, ungleich dramatischer noch als hierzulande. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesellschaft erreichte in Südkorea im Jahr 2000 7% – ein Anteil, den Deutschland schon 1932 verzeichnete. Aber schon 2019 werden in Korea 14% der Gesellschaft über 65 sein, sieben Jahre später – also 2026 – bereits 20% – ein Niveau, das die Demographen als Charakteristikum einer *ultra-aged*, also einer extrem gealterten oder vergreisten, Gesellschaft betrachten und das wir hier in Deutschland im Jahr 2012 erreichen werden. Das bedeutet: Der demographische Umbruch von einer jungen zu einer stark überalterten Gesellschaft, der sich in Deutschland innerhalb von insgesamt achtzig Jahren vollziehen wird, findet in Südkorea gewissermaßen teleskopisch verkürzt in ganzen 25 Jahren statt, der Übergang von einer demographisch alten zu einer extrem gealterten Gesellschaft, für den wir uns hierzulande immerhin vierzig Jahre Zeit nehmen, wird in Südkorea gerade einmal sieben Jahre dauern. Mit anderen Worten: Tief greifende gesellschaftliche Veränderungen im Gefolge erfolgreicher Modernisierung und Industrialisierung vollziehen sich in Korea mit einer brutalen Rasanz, die selbst eine so homogene, konfuzianisch disziplinierte und gefestigte Gesellschaft wie die koreanische in ihren Grundfesten erschüttert.

Nun mag man einwenden: Immerhin gehört Südkorea zu den Globalisierungsgewinnern, mit jährlichen Wachstumsraten zwischen vier und fünf Prozent und einer Arbeitslosenquote von unter drei Prozent – Werte, von denen wir hierzulande nur träumen können. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass der Schein trügt: Das Wachstum beruht wesentlich auf der dynamischen Entwicklung der Exportwirtschaft – und das heißt: der koreanischen Großkonzerne, der *chaebol* – und insbesondere auf den Ausfuhren nach China. Kein Zweifel: Etliche der großen koreanischen Unternehmen sind inzwischen so gut aufgestellt, dass sie sich im globalen Wettbe-

<sup>10</sup> Vgl. hierzu Hanns W. Maull/Ivo M. Maull: *Im Brennpunkt: Korea*, München 2004.

<sup>11</sup> Die Zahlenangaben stammen aus der exzellenten Analyse von Peter Gey: *Südkorea: Herausforderungen für das 21. Jahrhundert*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2004 (= FES Analyse).

werb behaupten können. Ob das auch für den Wirtschaftsstandort Südkorea gilt, der zwischen dem auch technologisch rasch aufsteigenden Produktionsstandort China und dem Hochtechnologieland Japan höchst prekär eingeklemmt ist, bleibt abzuwarten. Immerhin betreiben die *chaebol* bereits massiv die Auslagerung von Produktion nach China und auch nach Nordkorea, und die kleinen und mittelständischen Unternehmen stehen in der Regel bereits in erbittertem Wettbewerb mit chinesischen Anbietern: Selbst das koreanische Nationalgericht Kimchi wird inzwischen in großen Mengen aus China bezogen! So grassiert auch in Korea die Angst vor der Globalisierung, vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, so kennzeichnet auch die Lage dort eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Wie immer Südkorea diese neue Herausforderung besteht: Meinem Eindruck nach durchläuft die südkoreanische Gesellschaft derzeit Veränderungen, die ihren Zusammenhalt vor eine Zerreißprobe stellen. Die Individualisierung der Gesellschaft ist weit fortgeschritten, die Familie als wichtigste soziale Institution einer konfuzianischen – und jeder – Gesellschaft befindet sich in Auflösung, tiefer Pessimismus ist die gesellschaftliche Grundstimmung. Auch in der VR China bahnen sich schon bald – ab etwa 2020 – dramatische demographische Umbrüche und Alterungsprozesse an, und auch dort wird der gesellschaftliche Zusammenhalt bereits heute durch den Druck der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse erkennbar massiv belastet. Offensiver, virulenter Nationalismus und Forderungen nach politischem Wandel reflektieren diesen Druck – und bilden zugleich ein gefährliches Gemisch, das – wie die zunehmenden Spannungen zwischen China und Japan zeigen – erhebliche außenpolitische Stabilitätsrisiken birgt. Mein Schlussfolgerung aus dieser Perspektive lautet deshalb: Wir sollten uns darauf einstellen, dass die Zukunft Ostasiens anders aussehen könnte, als wir uns das heute vorstellen – und dass damit auch andere völlig neue Herausforderungen auf die Politik, auch auf unsere europäische Politik, zukommen könnten. *Be prepared for surprises!*

Lassen Sie mich zum Schluss meine Eingangsfragen zusammenfassend beantworten. Erstens: Wir haben keine wirklich gemeinsame europäische Asienpolitik, wir haben nur Versatzstücke gemeinsamer europäischer – und viele nationale – Politiken **in** Asien. Zweitens: Wir brauchen auch keine gemeinsame europäische Asienpolitik, sondern wir brauchen gemeinsame Politiken in und für Asien. Die Richtschnur dieser Politiken sollte dabei die Stärkung der internationalen Ordnung sein – denn die subregionalen, regionalen, inter-regionalen und meta-regionalen Strukturen politischer Zusammenarbeit im asiatischen Raum sind insgesamt zu schwach, um diesen Raum – oder auch nur seine Regionen – ordnungspolitisch einzubetten. Drittens: Wir sollten uns bei dem Ringen um gemeinsame europäische Politiken in diesem Sinne die Begrenztheit und Befangenheit unserer eigenen Perspektiven klar machen und uns auf das Unerwartete vorbereiten.